

verordnung festgelegt werden – für mehr Flexibilität und schnelle Reaktionen. Das klingt ganz toll. Ich verstehe die Argumentation. Wir müssen uns aber vor einer sukzessiven Entdemokratisierung in Acht nehmen,

(Beifall von den PIRATEN)

auch wenn Herr Groschek sagt, dass das keine Bevormundung sein soll.

Das Inachtnehmen betrifft übrigens auch, was die verfahrensökonomischen Gründe anbelangt, die Absicht, den ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplan nicht mehr einvernehmlich mit dem Verkehrsausschuss des Landtags zu erstellen. Ich habe eben mitgenommen, dass wir darüber sprechen werden. Auf jeden Fall müssten der Rechtsverordnung transparente und nachvollziehbare Verteilungskriterien zugrunde liegen, damit nicht etwaiger Willkür Tür und Tor geöffnet ist. Dies muss das Gesetz verlangen. Demokratie und Transparenz sind auch hier wichtig. Herr Ott hat insoweit recht.

Eine Rechtsverordnung ist dabei allerdings erst einmal der falsche Weg und trägt nicht automatisch zu mehr Transparenz und Demokratie bei.

Wir haben noch weitere Änderungswünsche. Beispielsweise wünschen wir uns – wie an anderer Stelle bereits geschehen –, für die Zugänge zur Infrastruktur verpflichtend Barrierefreiheit zu verlangen und die Barrierefreiheit nicht nur wie jetzt im Gesetzentwurf als Soll zu definieren. Die guten Vorsätze des Aktionsplans „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ müssen auch hier konsequent umgesetzt werden.

Ich freue mich darauf, mit Ihnen zusammen das Gesetz im Ausschuss weiter bearbeiten zu können. Stimmen Sie dafür, und lassen Sie uns langfristig gute Ideen zusammenkopieren, um Lebensqualität, Mobilität und Gerechtigkeit in NRW zu verbessern. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. Das war Ihre Jungferrede im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Dazu herzlichen Glückwunsch im Namen des Hohen Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen uns nicht vor.

Wir kommen somit zum Schluss der Beratung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfes Drucksache 16/57 an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** – federführend –, an den **Haushalts- und Finanzausschuss** sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Gibt es Gegenstimmen? –

Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir treten ein in die Beratung zu Tagesordnungspunkt

## 5 Klug in die Zukunft investieren: Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld!

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/121 – Neudruck

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/169

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende SPD-Fraktion Herr Kollegen Jörg das Wort. Bitte schön.

**Wolfgang Jörg (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Ruhrgebiet fangen die Beitragstabellen für Kitas bei ungefähr 14.000 € bis 17.000 € Jahreseinkommen an. Das ist ein ganz geringes Gehalt, und prozentual zahlen die betroffenen Eltern die höchsten Beiträge im Land. Sie zahlen nicht viel, aber im Vergleich zu ihrem Einkommen sind das die höchsten Beiträge.

Diese Eltern überlegen sich sehr gut, ihre Kinder in die Kita statt zu Oma oder Opa zu bringen. Diesen Eltern, liebe CDU-Fraktion, machen Sie jetzt ein unlauteres Angebot. Sie wollen ihnen 150 € geben, damit ihr Kind zu Hause bleibt und nicht in die Kita geht. Das ist perfide und ein Skandal.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –  
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Inhaltlich logisch – wenn Sie so argumentieren – müssten Sie auch die armen Eltern von Grundschulkindern durch finanzielle Mittel auslösen. Bildungspolitisch gibt es da keinen Unterschied.

Ich will das hier nicht lange verzögern. Alle Fachleute, alle Parteien – auch die Piraten und die FDP – sagen Nein zu diesem Vorgehen. Selbst in den eigenen Reihen – Herr Burkert hat gestern als CDU-Kollege in Hamm auch dagegen gestimmt – gibt es sehr viele Menschen, die sagen: Das können wir so nicht machen.

Ich rufe Ihnen zu: Herr, schmeiß Hirn vom Himmel! Lass die Vernunft siegen! Versuchen Sie, das im Bundestag abzuwenden. Es ist eine familienpolitische Katastrophe.

Es muss Ihnen doch zu denken geben, wenn alle – außer der CSU, die dieses Gesetz befürwortet – dieses Gesetz ablehnen. Geben Sie sich doch ei-

nen Ruck und handeln Sie nach Ihren Überzeugungen, nach Ihrer Erkenntnislage und nicht nach der Koalitionsdisziplin. Das würde ich mir jedenfalls wünschen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Zum Entschließungsantrag der FDP drei Dinge. Ich finde es ganz witzig, dass Sie das machen. Inhaltlich finde ich es wirklich in Ordnung, Marcel Hafke, sich zu wehren, sich aufzulehnen und zu sagen: Wir tragen das nicht mit. Wir haben bessere und tiefere Erkenntnisse. Die Erfahrungen aus vielen Ländern zeigen es ja.

Aber was – ganz formal hingeschaut – macht denn die FDP? – Die FDP stimmt im ersten Schritt dem Koalitionsvertrag zu. Dann stimmt die FDP im zweiten Schritt noch einmal zu und bekommt dafür eine private Pflegeversicherung.

Was ist das denn für ein Kuhhandel? Auf was lassen Sie sich denn da ein? Da wird versucht, einen Mist mit dem anderen Mist auszukehren. Das ist Familienpolitik à la CDU und FDP – unvorstellbar!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Aber das Allerwitzigste ist zum Ferienbeginn, dass die FDP über Geld und Schulden redet. Da bin ich heute Morgen, als ich mir das noch einmal in Ruhe angeschaut habe, ungebremst mit dem Kopf auf den Tisch gefallen.

Die FDP, die für ein zusätzliches Schuldenvolumen von 13 Milliarden € von 2005 bis 2013 verantwortlich ist, die dafür verantwortlich ist, dass mit Krediten finanzierte Steuersenkungen den Hoteliers und anderen hinterhergeschmissen werden ...

(Christian Lindner [FDP]: Aber das Wachstum nehmt ihr!)

– Lieber Christian, es ist doch auffällig, dass ihr immer bereit seid, hohe Kredite aufzunehmen, sobald es um Steuersenkungen geht, und das den jeweiligen Lobbygruppen hinterherzuschmeißen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Aber sobald es um Familienpolitik geht, sobald es darum geht, beispielsweise die Kitas von den Beiträgen zu befreien, da sagt ihr: Nein, wir haben das Geld gar nicht. – Unglaublich bis Meppen! Dass die FDP in der Frage aufmuckt, ist kaum zu ertragen.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie.

**Wolfgang Jörg** (SPD): Nein, ich will den Ferienstart nicht verzögern. Deshalb lasse ich keine Zwischenfrage zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben inhaltlich alle Argumente auf unserer Seite für diesen Antrag. Ich wäre froh, wenn wir eine große Mehrheit bekommen und vielleicht den einen oder anderen Kollegen aus der CDU dafür gewinnen könnten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die zweite antragstellende Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, erteile ich Frau Kollegin Asch das Wort. Bitte schön.

**Andrea Asch** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Allen ist bekannt, dass der unsinnigen familienpolitischen Maßnahme „Betreuungsgeld“ eine gesellschaftliche Mehrheit fehlt. Es gibt eine große Allianz von gesellschaftlichen Gruppen. Verbände – angefangen bei den Arbeitgeberverbänden –, eine Vielzahl von Wissenschaftlerinnen, katholische Familienverbände, Gewerkschaften, die OECD und die Kirchen sagen alle: Das ist eine nicht zielführende familienpolitische Maßnahme, die Fehlanreize setzt und Kinder von der Förderung in der Kita fernhält.

Wir wissen auch aus den Großversuchen in Thüringen, Schweden und Norwegen, dass sich das Betreuungsgeld in der Tat negativ auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen auswirkt, dass es sich negativ auf den Spracherwerb von Kindern mit Migrationshintergrund auswirkt, dass es sich negativ auf die Inanspruchnahme der Kita und damit die Förderung der Kinder auswirkt.

Zur Rechtfertigung wird von der CDU ins Feld geführt – wir haben das in den Debatten hier schon vermehrt gehört –: Wir wollen mit dieser Maßnahme Wahlfreiheit für die Eltern schaffen. – Aber wir wissen doch ganz genau, dass Wahlfreiheit für die Eltern erst dann hergestellt wird, wenn wir die Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen, wenn Eltern sich für einen Betreuungsplatz entscheiden können und wenn dieser Betreuungsplatz dann auch tatsächlich vorhanden ist.

Das sind die Punkte, mit denen Wahlfreiheit hergestellt wird, und daran arbeiten wir intensiv hier in Nordrhein-Westfalen.

Es ist doch ein völlig absurdes Argument, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, zu behaupten, irgendjemand halte einen Vater oder eine Mutter davon ab, zu Hause zu bleiben, wenn er oder sie sich dafür entscheidet, das Kind zu Hause zu betreuen.

Seitdem der Gesetzentwurf vorliegt, wissen wir nun auch, dass ein anderer Rechtfertigungsversuch für

diese Fehlmaßnahme ins Leere läuft. Familienministerin Schröder hat ja immer behauptet, sie wolle mit dem Betreuungsgeld die Erziehungsleistungen der Eltern anerkennen. Aber es wird ja auch bezahlt, wenn die Nanny, wenn das Au-pair oder wenn die private Einrichtung das Kind betreut. Und was ist eigentlich mit den Erziehungsleistungen der SGB-II-Empfängerinnen, die das Geld nicht bekommen? Das ist doch abgründig und an Zynismus nicht zu überbieten, dass diesen Familien der Wert ihrer Erziehungsleistung durch die Nichtzahlung des Betreuungsgeldes aberkannt wird.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Nehmen wir das Beispiel der alleinerziehenden Krankenpflegerin! Sie wird, wenn sie ihr Kind ein- bis zweimal die Woche in der Kita betreuen lässt, weil sie halbtags arbeiten gehen muss, das Betreuungsgeld nicht bekommen. Aber die Chefarztgattin, die zu Hause eine Nanny anstellen kann, bekommt die 150 € quasi als Taschengeld und kann damit ihre Freundin zum Champagner einladen. Das ist eine krasse soziale Schieflage,

(Beifall von den GRÜNEN – Karl-Josef Laumann [CDU]: Oh Gott!)

die mit der Ausgestaltung dieses Gesetzes, Herr Laumann, produziert wird. Es folgt dem gleichen Muster wie das Bildungsgeld. Den Reichen wird das Geld gegeben, und die Armen, die SGB-II-Empfänger, die Hartz-IV-Empfänger, bekommen es nicht.

Es gibt aber noch eine andere sehr schwerwiegende, fatale Nebenwirkung dieses familienpolitischen Fehlinstruments: Ein gesellschaftlicher Konsens, den wir nach langen Jahren mühsam erzielt haben, wird wieder infrage gestellt. Der Konsens lautet: Es ist gut für die Kinder, wenn sie in der Kita, der ersten Stufe der Bildungskette, betreut werden. Es ist gut für ihren späteren Bildungserfolg. – Dieser Konsens wird infrage gestellt.

Die Eltern werden doch völlig verwirrt. Einerseits sagt man ihnen: „Lass dein Kind in der Kita fördern!“ und andererseits bietet man ihnen einen Anreiz, das Kind zu Hause zu betreuen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist keine konsistente Familienpolitik; das ist Verwirrung. Und damit unterstützen Sie Eltern in ihrer Entscheidung, Kinder zu bekommen, nicht.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Das können wir uns angesichts der niedrigen Geburtenrate in Deutschland nicht leisten.

Wir wissen alle: Das Geld, das hier zum Fenster hinausgeworfen wird – wahrscheinlich wird diese Maßnahme 2 Milliarden € kosten –, brauchen wir dringend für den Ausbau der Infrastruktur, um die notwendigen Kitaplätze zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Viele von Ihnen in der CDU-Fraktion sehen das genauso. Der ehemalige nordrhein-westfälische CDU-Familienminister und jetziger Landesvorsitzender – er ist heute nicht hier, sodass ich ihm nicht gratulieren kann –, Herr Laschet, hat in seiner Zeit als Familienminister diese Maßnahme als unsinnig abgelehnt. Genauso hat es der damalige Ministerpräsident von der CDU, Herr Rüttgers, getan. Wir wissen doch auch, dass hinter vorgehaltener Hand viele aus der CDU-Fraktion im Bundestag nichts lieber machen würden, als dieses Gesetz zu beerdigen. Wir wissen genau, dass Herr Seehofer dahintersteht, der mit dem Kopf durch die Wand will, damit er 2013 seine Wahlen in Bayern gewinnt. Das ist der eigentliche Grund.

(Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Interessant ist auch, ...

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

– Beifall aus der CDU-Fraktion.

(Heiterkeit von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Frau Abgeordnete, ich darf es wiederholen: Ihre Redezeit ist überschritten. Kommen Sie bitte langsam zum Schluss.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Interessant ist auch, was der frischgebackene FDP-Fraktionsvorsitzende hier im Landtag Nordrhein-Westfalen macht. Er, Christian Lindner, hat das Betreuungsgeld in den Koalitionsvertrag in Berlin mit hineingeschrieben.

(Christian Lindner [FDP]: Nein!)

– Du kannst es ja gleich richtigstellen. – Er, Christian Lindner, hat in der namentlichen Abstimmung diesem Betreuungsgeld zugestimmt,

(Christian Lindner [FDP]: Das stimmt!)

und jetzt macht er sich vom Acker. Wendehals, kann ich da nur sagen, weil du feststellst, dass das jetzt nicht opportun ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Frau Abgeordnete, Sie müssen bitte wirklich zum Schluss kommen!

**Andrea Asch (GRÜNE):** Rücken Sie davon ab! Nutzen Sie Ihren Einfluss in Berlin, wenn Sie ihn

denn haben, um diese familienpolitische Katastrophe abzuwenden! – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Doppmeier das Wort.

**Ursula Doppmeier (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein wohlwollend klingender Antrag „Klug in die Zukunft investieren: Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld!“ Die Überschrift, die Sie gewählt haben, hört sich erst mal sehr verantwortungsvoll, innovativ und zukunftsweisend an. Aber im Endeffekt wollen Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen nur wieder Sand in die Augen streuen.

(Beifall von der CDU)

Von wegen innovativ. Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon am 9. Mai genau den gleichen Antrag „Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld“ in den Bundestag eingebracht. Das zeigt, wie ideenlos Ihr Antrag ist.

(Beifall von der CDU)

Kommen wir zum Inhalt Ihres Antrags! Sie sprechen von Schulden auf Kosten anderer. – Aber was tun Sie denn? Beim Kita-Ausbau werfen Sie anderen vor, ihrer Verantwortung nicht nachzukommen, und versagen selber auf ganzer Linie.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen ist immer noch Schlusslicht bei der U3-Betreuung. Dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zeigen Sie also bitte nicht mit dem Finger auf die anderen, sondern schauen Sie aufs eigene Land! Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr!

Und schauen Sie mal in den Bund! Der Bund erbringt nämlich seinen Anteil. Er ist jetzt bereit, für die fehlenden 30.000 Kitaplätze, die wir wohl mehr brauchen, als 2007 angedacht, seinen Anteil zu leisten. 580 Millionen € werden zusätzlich vom Bund für Investitionen gezahlt. Auch für die Betriebskosten gibt es zusätzliche Bundesmittel, nämlich ab 2014 jährlich 845 Millionen plus 400 Millionen für Sprach- und Integrationsförderung.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Was tun Sie denn? Umgarnen Sie nur mit warmen Worthülsen, um von Ihrem Versagen abzulenken? Auch Sie müssen wissen: Das Thema „Kindererziehung und frühkindliche Bildung“ ist von zentraler Bedeutung. Mir ist schon bewusst, dass es unterschiedliche Ansichten zu diesem Thema gibt. Ich

nehme es auch sehr ernst. Ich denke, es gilt, das Pro und Kontra abzuwägen, wenn wir im Sinne der Eltern und ihrer Kinder eine zielführende Entscheidung treffen wollen.

Aber vor allen Dingen gilt: Eltern haben das Recht, über die Art ihrer Kinderbetreuung frei zu entscheiden.

(Beifall von der CDU)

Das kann nicht gelingen, wenn Sie von Beginn an verschiedene Lebensmodelle gegeneinander auspielen. Das ist unfair.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Entschuldigen Sie, Frau Doppmeier. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Asch?

**Ursula Doppmeier (CDU):** Nein, ich wollte im Zusammenhang vortragen. – Die Vielfalt der Lebensmodelle müssen wir doch als einen Gewinn betrachten. Unsere Aufgabe ist, die Voraussetzungen zu schaffen, um eine tatsächliche Wahlfreiheit zu ermöglichen.

(Beifall von der CDU)

Für uns, meine Damen und Herren, ist die Familie ein privater Lebens- und Entfaltungsraum, aus dem sich der Staat weitestgehend herauszuhalten hat. Für uns ist die Familie Inbegriff der Privatsphäre, die jeder nach eigenen Vorstellungen gestalten kann. Für uns unterliegt die Familie dem Schutz des Staates und nicht der Vormundschaft des Staates. Das ist ein großer Unterschied.

(Beifall von der CDU)

Eine Betreuung in der Familie ist doch nicht schlechter und weniger wert als die Betreuung in einer Einrichtung, insbesondere bei den kleinsten Kindern im Alter von null bis zwei Jahren.

(Beifall von der CDU – Rainer Bischoff [SPD]: Wer sagt das denn?)

Ich glaube, hier nehmen die allermeisten Eltern ihre Aufgabe sehr verantwortlich wahr. Wer diese Kompetenz allen Eltern pauschal abspricht, der beleidigt doch Mütter und Väter, die bewusst ihre Kinder erziehen

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

und ihr Recht auf Erziehung nachhaltig wahrnehmen. Genau das tun Sie! Bitte sprechen Sie nicht so respektlos von diesen Eltern, indem Sie das Betreuungsgeld als Prämie bezeichnen!

(Beifall von der CDU – Rainer Bischoff [SPD]: Wer sagt das denn?)

Natürlich ist es mir auch wichtig, dass die Kinder aus sozial schwachen Familien die Möglichkeit einer frühkindlichen Bildung haben. Ebenso möchte ich

aber auch die Anerkennung der Eltern, die bereit sind, sich die ersten Jahre ihrem Kind zu widmen.

Sicherlich bin ich persönlich auch im Zweifel, ob Betreuungsgeld, das heißt: Barauszahlung, der richtige Weg ist. Ich würde mich mehr für eine Anerkennung zum Beispiel durch Rentenanrechnungszeiten aussprechen. Auch darüber ist noch nicht das letzte Wort gesprochen.

(Rainer Bischoff [SPD]: Aha!)

Ich persönlich finde: Zuerst einmal geht es darum, dass wir hier im Land den Ausbau der U3-Plätze voranbringen.

(Beifall von der CDU)

Dann haben Eltern echte Wahlfreiheit. Frau Ministerin Schäfer, das ist jetzt Ihre Aufgabe. Sie haben dafür zu sorgen, dass bis zum Sommer 2013, wenn der Rechtsanspruch greift, endlich genügend U3-Plätze auch in Nordrhein-Westfalen vorhanden sind. Dann verfügen die Eltern über Wahlfreiheit.

Fangen Sie damit an! Schaffen Sie diese 27.000 fehlenden Plätze! Damit schaffen Sie für alle Eltern in unserem Land Betreuungssicherheit. – Danke sehr.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Doppmeier. – Für die FDP-Fraktion erteile ich nun Herrn Kollegen Hafke das Wort.

**Marcel Hafke (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte zum Betreuungsgeld könnte Anlass geben, konsequent und sauber zu argumentieren. Leider glänzt da nicht jeder auf gleiche Art und Weise. Was wir hier bislang gehört haben, war eine Mischung aus Scheinheiligkeit und einem Widerspruch zwischen Reden und Handeln.

Die Haltung der FDP zum Betreuungsgeld ist klar. Wir haben dies aus fachpolitischen Gründen immer abgelehnt. Ich brauche die einschlägige Kritik an dieser Stelle wohl nicht zu wiederholen.

(Zuruf von Gerda Kieninger [SPD])

Das Betreuungsgeld setzt falsche Anreize und stellt insbesondere Familien mit geringem Einkommen vor eine schwierige Abwägung, die wir nicht wollen.

(Rainer Bischoff [SPD]: In Berlin weitersagen! – Zurufe von der SPD)

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, liebe Freunde von der SPD, dass wir ganz deutlich sagen, wo das Betreuungsgeld herkommt. Die Einführung des Betreuungsgeldes ist im Kinderförderungsgesetz festgeschrieben worden, und zwar von der CDU/CSU und – Überraschung! – auch von der SPD

(Zurufe von der FDP: Hört, hört! – Beifall von der FDP und der CDU)

– damals in der Großen Koalition.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie ...

**Marcel Hafke (FDP):** Lieber Wolfgang Jörg, das war ein Kuhhandel, den Sie damals eingegangen sind.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Abgeordneter Hafke.

**Marcel Hafke (FDP):** Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Keine Zwischenfragen.

**Marcel Hafke (FDP):** Wenn sich jetzt diese neue Dreifaltigkeit, die wir in Berlin immer wieder sehen, nämlich die Herren Steinmeier, Steinbrück und Gabriel von der SPD, zu den großen Kritikern des Betreuungsgeldes aufschwingen, dann sollten Sie nicht vergessen, dass Sie dafür selbst im Kabinett die Hand gehoben haben. So sieht die Wirklichkeit aus!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie mussten das damals auf Drängen der Union tun. So sah die Wirklichkeit aus!

Wir wissen, dass das das Herzensprojekt der CSU in Bayern ist. Ich hatte deshalb Hoffnung auf innerparteiliche Kritik bei der CDU gesetzt, die es dann vielleicht ermöglicht hätte, dieses Projekt abzuräumen. Leider scheinen nun in der CDU alle vor der blau-weißen Fahne aus Bayern eingeknickt zu sein. Im Grunde fragt man sich tatsächlich, warum Bayern das Betreuungsgeld nicht ganz alleine einführt, wenn es sonst gar keiner möchte.

Damit kommen wir zum Kernpunkt der Debatte, dem Thema „Finanzen“ und dem Thema „Prioritäten“.

Das Betreuungsgeld ist nicht nur bildungspolitisch falsch, es ist auch finanzpolitisch falsch, weil es die falschen Prioritäten setzt. Das sollten sich jetzt die Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün ganz genau anhören: Der von Ihnen in jeder Debatte zitierte Bildungsbericht kritisiert das Betreuungsgeld – richtig. Aber vielleicht sollten Sie auch einen Satz weiterlesen. Da kritisiert er genauso die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres –

(Beifall von der FDP und der CDU)

die Beitragsfreiheit, die Sie hier in Nordrhein-Westfalen eingeführt haben. Der Bericht kritisiert das mit denselben Argumenten.

Ich frage Sie: Wie kann man das Betreuungsgeld ablehnen, weil damit zu viele Mittel in falsche Anreize gesteckt werden, und gleichzeitig die Beitragsfreiheit einführen, die gar keine Anreize setzt, während der U3-Ausbau in Nordrhein-Westfalen vor die Wand fährt?

(Beifall von der FDP)

In Nordrhein-Westfalen fehlen mindestens 27.000 U3-Plätze, um im nächsten Jahr den Rechtsanspruch zu erfüllen. Der Bedarf wird sogar noch größer sein. Dazu kommen noch Qualitätsverbesserungen, die wir dringend brauchen. Für die ist im Moment erst recht kein Geld da.

Und was machen Sie? – Sie geben 150 Millionen € für ein Wahlgeschenk aus, anstatt es in die Qualitätsverbesserung zu investieren. Das ist keine Politik, die den Menschen und den Familien in diesem Lande zugutekommt.

(Beifall von der FDP)

Lieber Wolfgang Jörg, das Thema „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ ist eine alte Leier, die immer wieder gespielt wird. Schauen wir es uns doch einmal an: Was hat die Bundesregierung insofern gemacht? – Sie hat eine Politik für die Familien und Kinder gemacht. Sie hat Arbeitsplätze geschaffen. Sie hat das Kindergeld erhöht. Das ist doch wohl eine der größten sozialpolitischen Leistungen, die man in den letzten Jahren nach vorne gebracht hat.

(Beifall von der FDP)

Angeblich hat Nordrhein-Westfalen dadurch zusätzlich Steuergelder eingenommen. Hat denn diese rot-grüne Landesregierung das Geld nach Berlin zurücküberwiesen? Ihr könnt euch doch immer nur beschweren, wie viel Geld ihr angeblich durch Beschlüsse der Bundesregierung mehr bezahlen müsst. Zahlt es doch einmal zurück, was ihr tatsächlich von dieser Bundesregierung bekommen habt!

(Beifall von der FDP)

Statt das Geld, das diese rot-grüne Landesregierung durch die Reformpolitik in Berlin bekommen hat, in eine vernünftige Politik zugunsten der kommenden Generation zu stecken, sehen wir im aktuellen Haushalt wieder, wofür das Geld erneut ausgegeben wird: für wieder neue Wahlgeschenke, und dazu zusätzlich 4,6 Milliarden € neue Schulden. Dafür wird wieder keinem Kind und keiner Familie in diesem Land geholfen. So sieht die Politik von Rot-Grün aus!

(Beifall von der FDP und Ursula Doppmeier [CDU])

Meine Damen und Herren, der Rechtsanspruch droht in Nordrhein-Westfalen zu scheitern. Sie tragen hier die Verantwortung. Sie benötigen jede Ressource, damit die Eltern einen Betreuungsplatz finden. Die Beitragsfreiheit nützt überhaupt nichts. Die Familien wollen gute Bildung und Betreuung für ihre Kinder.

Fazit: Das Betreuungsgeld ist falsch. Die Beitragsfreiheit auf Pump ist es auch. Nehmen Sie Ihre eigenen Argumente ernst und nehmen Sie Abstand von teuren Wahlgeschenken, die den Familien in Nordrhein-Westfalen nicht helfen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Piratenfraktion erteile ich nunmehr Herrn Kollegen Wegner das Wort.

**Olaf Wegner (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die meisten Gründe, die gegen die Einführung des Betreuungsgeldes sprechen, sind schon genannt worden. Es wurde auf die familienpolitische Katastrophe, die mangelnde Akzeptanz in der Gesellschaft und auf die negativen Auswirkungen für die Kinder hingewiesen. Es wurde weiter darauf hingewiesen, dass es den SGB-II-Empfängern überhaupt nicht hilft und dass es völlig falsche Anreize setzt. Ich kann mich all dem nur anschließen.

Das für mich als Pirat wichtigste Argument gegen das Betreuungsgeld ist, dass es 70 bis 80 % der Bevölkerung ablehnen.

(Beifall von den PIRATEN)

Dieser allgemeinen Meinung müssen wir meiner Ansicht nach folgen. Wenn wir trotzdem etwas anderes machen wollten, müssten schon verdammt gute Gründe vorliegen, damit ich dem zustimmen könnte. Und solche Gründe – da scheinen wir uns hier zum größten Teil einig zu sein – liegen nicht vor.

Ich hatte eigentlich zuerst vor, an dieser Stelle die Fehler aufzuzeigen, die bisher beim Ausbau der U3-Betreuung in diesem Land gemacht wurden. Dann aber stünde ich wohl morgen immer noch hier. Also lassen Sie uns lieber nach vorne schauen.

Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, dass die 1,2 Milliarden €, die der Bund für das Betreuungsgeld vorgesehen hat, irgendwann für die Finanzierung von Kitaplätzen eingesetzt werden. Dann darf dieses Geld aber nicht dafür verwendet werden, den Grundbedarf an Kitaplätzen zu decken. Genau das wollen Sie doch mit Ihrem Antrag erreichen. Zumindest schielen Sie, liebe rot-grünen Kolleginnen und Kollegen, darauf. Seien Sie doch ehrlich. Frau Asch hat das ja in ihrer Rede vorhin schon bestätigt.

Wir fordern, dass diese vom Bund vorgesehenen 1,2 Milliarden € ausschließlich zur Qualitätssteigerung der Kitas eingesetzt werden dürfen, auf keinen Fall aber für die Finanzierung des Grundbedarfs an Kitaplätzen. Denn dieser Grundbedarf existiert und ist nicht gedeckt. Das ist schon seit Jahren bekannt. Dann kann es doch beim besten Willen nicht sein, dass wir neues eventuell zu erwartendes Geld für dessen Finanzierung verwenden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen jetzt handeln. Wir haben keine Zeit, auf weiteres Geld zu warten, das eventuell unter gewissen Umständen kommen könnte. Beim Ausbau der Kitaplätze muss jetzt gehandelt werden. Er sollte bestenfalls bis zum nächsten Jahr abgeschlossen sein. Wenn dann irgendwann ein Extraponbon vom Bund kommt: Wunderbar! Doch dann sollte man es auch als Extraponbon einsetzen und in diesem Falle die Qualität der Kitas steigern.

Lassen Sie uns elementar wichtige Grundversorgungen auf der Grundlage von Tatsachen und nicht von Möglichkeiten planen.

(Beifall von den PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte das Betreuungsgeld für unsozial, verfassungsrechtlich bedenklich, nicht zeitgemäß und auch ansonsten – ich sage es einmal mit meinen Worten – völlig daneben.

(Beifall von den PIRATEN)

Das stärkste Argument für mich als Vertreter der Menschen in Nordrhein-Westfalen aber ist und bleibt, dass kaum einer dieses Betreuungsgeld haben möchte. Somit fordere ich Sie im Namen der großen Mehrheit der Bevölkerung auf, sich weiterhin gegen die Einführung eines Betreuungsgeldes auf Bundesebene einzusetzen, und wünsche Ihnen viel Erfolg dabei. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Wegner. Das war Ihre erste Rede im Landtag Nordrhein-Westfalen. Dazu herzlichen Glückwunsch im Namen des Hohen Hauses!

Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Schäfer. Bitte schön.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der letzten Woche konnten wir eine denkwürdige Debatte im Deutschen Bundestag erleben. Mit beispielloser Ignoranz hat Familienministerin Schröder die gravierenden Bedenken gegen das Betreuungsgeld, die von sämtlichen Experten geäußert wurden, vom Tisch gefegt. Sie hat

mit großer Geste die berechtigten Einwände gegen das Gesetz zu einem „Kulturkampf“ erklärt. Das sind in der Tat schwere Geschütze. Wenn Frau Schröder aber unbedingt den Kulturkampf beschwören will, sage ich hier und heute: Ja, Frau Schröder, wir kämpfen. Wir kämpfen für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft. Wir kämpfen dafür, dass kein Kind zurückgelassen wird. Und wir kämpfen für echte Wahlfreiheit und für Perspektiven für Familien.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir kämpfen dafür, dass es endlich mit einer zeitgemäßen Familienpolitik in Deutschland vorangeht. Deshalb werden wir alles tun, meine sehr geehrten Damen und Herren, um dieses Betreuungsgeld zu verhindern.

Stichwort „Wahlfreiheit“, Frau Doppmeier: Es geht Frau Schröder und auch der Bundesregierung angeblich um Wahlfreiheit. Das konnten wir immer wieder – auch von Ihnen eben gerade – hören. Wer aber soll denn eigentlich von dieser Wahlfreiheit durch das Betreuungsgeld profitieren? Jedenfalls nicht die zahllosen Eltern, die immer noch einen U3-Platz suchen, und auch nicht die Mütter und Väter, die Sozialleistungen beziehen. Dafür können sich dann aber die gut verdienenden Eltern ihre private Betreuung sponsern lassen, wie Frau Asch eben auch noch einmal erläutert hat.

Die Wahrheit ist: Hier werden von der Bundesregierung Argumente an den Haaren herbeigezogen, dass es nur so kracht. Frau Schröder und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus den Regierungsfractionen bauen einen wirklichen Popanz einer angeblichen Gleichmacherei und eines angeblichen Auspielens unterschiedlicher Lebensmodelle auf. Meine Damen und Herren, sie konstruieren auf Biegen und Brechen Gegensätze zwischen Familien, die ihr Kind in die Krippe geben, und solchen, die ihr Kind selbst betreuen – als würden Krippenkinder von ihren Eltern nicht selbst betreut, als würden die ihre Erziehungsverantwortung an der Kita-Tür abgeben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist völlig absurd. Es hat überhaupt nichts mit dem Leben von Familien in Deutschland bzw. in Nordrhein-Westfalen zu tun.

„Haben Sie versagt, Frau Schröder?“ – Das war gestern in großen Lettern in der „Bild“-Zeitung zu lesen. Am Pranger stand die fehlgesteuerte, widersprüchliche Familienpolitik der Bundesregierung, die komplett an den Sorgen und am Alltag der Eltern und Kinder vorbeigeht. Zitat: „Die Familienpolitik hat über Jahre versäumt, die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass beide Partner wieder arbeiten können“. – Die größte deutsche Boulevardzeitung auf Seite 2 ganzseitig.

Warum also jetzt das Betreuungsgeld? Warum dieser völlige familienpolitische Irrsinn? Was steckt in Wahrheit dahinter? Eine heillos zerstrittene Koalition, die täglich auseinanderzufliegen droht.

Und wer, meine Damen und Herren, leidet unter dieser Politik? Es sind die Kinder, die von früher Bildung besonders profitieren, Kinder aus armen Familien, Kinder aus schwierigen sozialen Situationen. Ihnen werden wichtige Bildungs- und Lebenschancen vorenthalten.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Die Bundesregierung trägt ihre Querelen auf dem Rücken derjenigen in der Gesellschaft aus, die sich am wenigsten wehren können, und das auch noch im Namen des Kindeswohls. Das ist auch nach meiner Meinung ein handfester bildungs- und sozialpolitischer Skandal.

Das Geld, das die Bundesregierung für das Betreuungsgeld ausgibt, könnten wir gut nutzen. Von unserem Anteil könnten wir 27.000 zusätzliche Kitaplätze in Nordrhein-Westfalen finanzieren.

(Zurufe von der CDU)

– Zusätzliche! Die anderen sind finanziert. Zusätzliche! Das wäre gut angelegtes Geld.

Eines kann ich mir ja doch nicht verkneifen, Herr Hafke. Vermutlich wissen Sie es gar nicht. Aber heute aktuell wird im Bayerischen Landtag in einem Ausschuss ein Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung beraten. In diesem Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung wird die Einführung der Gebührenfreiheit für Eltern in die Kitas beschlossen, also im Fachausschuss das erste Mal, und das mit den Stimmen der CSU und der FDP.

(Christian Lindner [FDP]: Bayern hat einen ausgeglichenen Haushalt!)

Ich wollte einfach nur noch einmal deutlich machen, dass die Bayern den Weg gehen, den Sie hier ablehnen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Bei der FDP weiß man inzwischen in Deutschland nicht mehr, woran man ist,

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

im Bund für das Betreuungsgeld, in Nordrhein-Westfalen dagegen, in Nordrhein-Westfalen gegen die Gebührenfreiheit, in Bayern dafür.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Wir brauchen jedenfalls aus Nordrhein-Westfalen heraus ein starkes Signal gegen das Betreuungsgeld. Ich glaube, das kann der Landtag hier und heute setzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen damit zum Schluss der Beratung und treten ein in die Abstimmung.

Ich lasse abstimmen zunächst über den **Antrag Drucksache 16/121 – Neudruck**. Die antragstellenden Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Ich darf fragen, wer diesem Antrag zustimmen möchte. – Wer ist gegen diesen Antrag? –

(Gordan Dudas [SPD]: Skandal!)

Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir kommen damit zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/169**. Ich darf auch hier fragen, wer diesem Antrag zustimmen möchte. – Wer ist gegen diesen Antrag? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Teilen der Piratenfraktion gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung eines Teils der Piratenfraktion **abgelehnt**.

Wir treten damit ein, meine Kolleginnen und Kollegen, in den Tagesordnungspunkt

## **6 Umsatzsteuerliche Einordnung öffentlicher Leistungen bedroht die interkommunale Zusammenarbeit: Kommunale Gemeinschaftsarbeit sichern!**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/122

Ich darf den Hinweis geben, dass sich die Fraktionen einvernehmlich darauf verständigt haben, diese Debatte in einer Runde zu führen. Das ändert natürlich nichts an der zur Verfügung stehenden jeweils auf die Fraktionen entfallende Redezeit.

Ich eröffne die Beratung und darf für die antragstellende SPD-Fraktion Herrn Kollegen Hübner das Wort erteilen. Bitte schön.

**Michael Hübner** (SPD): Danke schön, Herr Landtagspräsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ausgangspunkt des heute zu beratenden Antrags